

Pressemitteilung 30.04.2009

Land soll Bildung von Medienkompetenz unterstützen

Landesfamilienrat fordert individuelle Beratung für Eltern und Schulung von Lehrkräften

Angesichts der großen Bedeutung der Medien im Leben von Kindern und Jugendlichen hat sich der Landesfamilienrat bei einer Fachtagung am Mittwoch mit der Bildung von Medienkompetenz befasst. Internet und Handy lösen das Leitmedium Fernsehen zunehmend ab und Kinder und Jugendliche sind im technischen Gebrauch von Medien Eltern und Erziehern meist überlegen. Daher müssen Medienbildung und Medienerziehung laut Landesfamilienrat zukünftig selbstverständlicher Teil der Bildungspläne von Schulen, Kindergärten und Horten werden. Das setzt jedoch voraus, dass Medienpädagogik ein verbindliches Ausbildungsfach für alle pädagogischen Fachkräfte, insbesondere aber für Lehrerinnen und Lehrer wird. Daher hält es der Landesfamilienrat für unabdingbar, Medienpädagogik als festen Bestandteil bei den Bildungsplänen an den Hochschulen für die Lehrerausbildung einzubauen. Er fordert das Land auf, die Curricula für die Lehrerausbildung zügig zu erweitern.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg begrüßt auch die Absicht der Landesregierung, das Medienangebot zukünftig genauer unter die Lupe nehmen und gegen Gewaltspiele vorgehen zu wollen. Er weist aber darauf hin, dass dies nicht zum "Nulltarif" möglich ist und es dazu entsprechende Schutz- und Überwachungseinrichtungen braucht, an denen nicht gespart werden darf.

"Wichtiger als Verbote ist es jedoch, Eltern, Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Medien kompetent zur Seite zu stehen", sagte Jürgen Rollin, der Vorsitzende des Landesfamilienrates heute bei einer Fachveranstaltung zur Medienkompetenz. Er stellt die Aussage des baden-württembergischen Innenministers im "Nachtcafé" des SWR in Frage, wonach die Medienkompetenz vieler Eltern "gleich Null" sei und diese ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht würden. "Es ist nicht fair, den Eltern einerseits die Verantwortung zuzuweisen und sie andererseits mit ihren Fragen und Ängsten allein zu lassen", so Rollin. Zwar gebe es jede Menge an Literatur, was aber fehle, sei ein erreichbares Beratungsangebot, das individuell auf die Sorgen und Nöte verunsicherter Eltern eingeht. Daher muss es nach Ansicht des Landesfamilienrates im System der Erziehungs-, Familien- und Lebensberatung künftig auch Medienpädagogen geben, die konkret mit Kindern und Eltern arbeiten. Der Landesfamilienrat fordert die Landesregierung dazu auf, hier ein Beratungsangebot aufzubauen und zu fördern.

Eine entscheidende Rolle komme auch der Jugendhilfe in Gestalt von Eltern- und Familienbildung zu, deren unzureichende Finanzierung dazu führe, dass ihre Angebote nicht von allen Einkommensschichten in Anspruch genommen werden könnten. Auch hier mahnt der Landesfamilienrat deutliche Verbesserungen an.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger.

Kontakt:

Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Rotebühlstraße 131, 70197 Stuttgart,
Telefon: (0711) 625930, mail: info@landesfamilienrat.de , www.landesfamilienrat.de